

ARNULF WULFF/BERND-BODO BEYER

Die DDR und ihre Grenzgebiete zur Bundesrepublik Deutschland

Gedanken und Probleme

Kurzfassung

Die Geschwindigkeit und die sich z.T. überschlagenden Ereignisse und Prozesse im deutsch-deutschen Einigungsprozeß verlangen, alle Betrachtungen über den Grenzraum in den Gesamtzusammenhang der raumrelevanten, interregionalen und regionalwirtschaftlichen Anforderungen des Zusammenwachsens und -wirkens von Bundesrepublik Deutschland und DDR einschließlich der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Prozesse und Konsequenzen zu stellen.

Einführung

In der wissenschaftlich-fachlichen und politischen Diskussion stehen naturgemäß vorerst diejenigen Probleme im Vordergrund, die sich unmittelbar aus der Öffnung der Jahrzehnte geschlossenen Grenzen ergeben. Dazu zählen insbesondere die Bewältigung der sprunghaft angestiegenen Verkehrsströme und die Sicherung von Teilräumen vor solchen Erschließungsinitiativen, die elementaren Prinzipien der Landeskultur und Raumordnung widersprechen. Aufgaben zur Reduzierung unvermeidbarer Umweltbelastungen sind im beiderseitigen Interesse vordringlich und zügig zu lösen. Bei der Lösung dieser Probleme entsteht unverzichtbarer Handlungsbedarf, diese Vorhaben zu koordinieren und sie mit Blick auf die Zukunft in größeren territorialen Einheiten und Zusammenhängen zu planen und in regionale Entwicklungskonzepte einzubringen.

Entwicklungskonsequenzen für die DDR

Von gleicher Dringlichkeit, jedoch wesentlich bedeutender Tragweite ist es, aus den zu erwartenden Rahmenbedingungen, wie der Einführung der Marktwirtschaft, der Wirtschafts- und Währungsunion mit der Bundesrepublik Deutschland, der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere aus der Einordnung in den europäischen Binnenmarkt, frühzeitig die Anforderungen und Konsequenzen für die räumlich-strukturelle Entwicklung sowohl für die DDR als auch die Bundesrepublik Deutschland abzuleiten. So z.B. sind aus den genannten Prämissen, bezogen auf das Territorium der DDR, einerseits deutliche Entwicklungsimpulse für alle Regionen zu erwarten, andererseits wird die Beseitigung zentralistisch-dirigistischer Planungsmethoden dazu führen, daß gewachsene und damit vorhandene territoriale Bedingungen nicht mehr im bisherigen Maße nivelliert werden. Eine solche Differenzierung wäre positiv zu werten, sofern sie die unterschiedlichen Standortqualitäten und Entwicklungspotentiale im Sinne einer funktionsräumlichen Arbeitsteilung zur Wirkung bringt. Negative Aspekte würden sich dagegen ergeben, wenn sich für einige Landesteile und

Teilräume Tendenzen eines deutlichen wirtschaftlichen Abgleitens herausbilden sollten, so daß größere Regionen und Teilräume sich zumindest zeitweise und bei ungenügend wirksamer wirtschafts- und raumordnungspolitischer Aktivität zu ständigen Schwächeräumen entwickeln können. Deshalb bedürfen die in historischen Zeiträumen oder in den letzten Jahrzehnten entstandenen Entwicklungsbedingungen in den jeweiligen Regionen der heutigen DDR besonderer Beachtung.

Solche Gesichtspunkte sind z.B. die differenzierten Lagebedingungen, wirtschaftlichen, infrastrukturellen und ökologischen Ausgangspunkte und Entwicklungsmöglichkeiten der Landesteile und Teilräume. Zu dem vorhandenen Gefälle zwischen dem Bundesgebiet und der DDR in bezug auf Grundmittelzustand, Arbeitsproduktivität usw. kommen für bestimmte Regionen Tendenzen zur Monostruktur. Das betrifft u.a. Gebiete, in denen der Braunkohlentagebau, die weitgehend physisch verschlissene chemische Industrie mit ihren Altlasten, die Textilindustrie oder die Landwirtschaft die jeweils vorherrschende Wirtschaftsgrundlage bilden.

Lagegunst und Strukturentwicklung

Wesentlich stärker als bisher werden sich die Bedingungen von Lagegunst bzw. Lageungunst auf die Entwicklung der Regionen und Teilräume auswirken. Eine besondere Rolle spielt dabei die Lage zu ausgebauten Zentren und zu Entwicklungssachsen, die außerhalb des Wirtschaftsraums der DDR liegen. Nicht zuletzt sind langfristig diejenigen Entwicklungen und Chancen zu beachten, die sich aus der bisher nicht optimal betriebenen Kooperation mit den östlichen und südöstlichen Nachbarländern, u.a. in den bedeutendsten und potentiell ausbaufähigen mitteleuropäischen Entwicklungsachsen, ergeben.

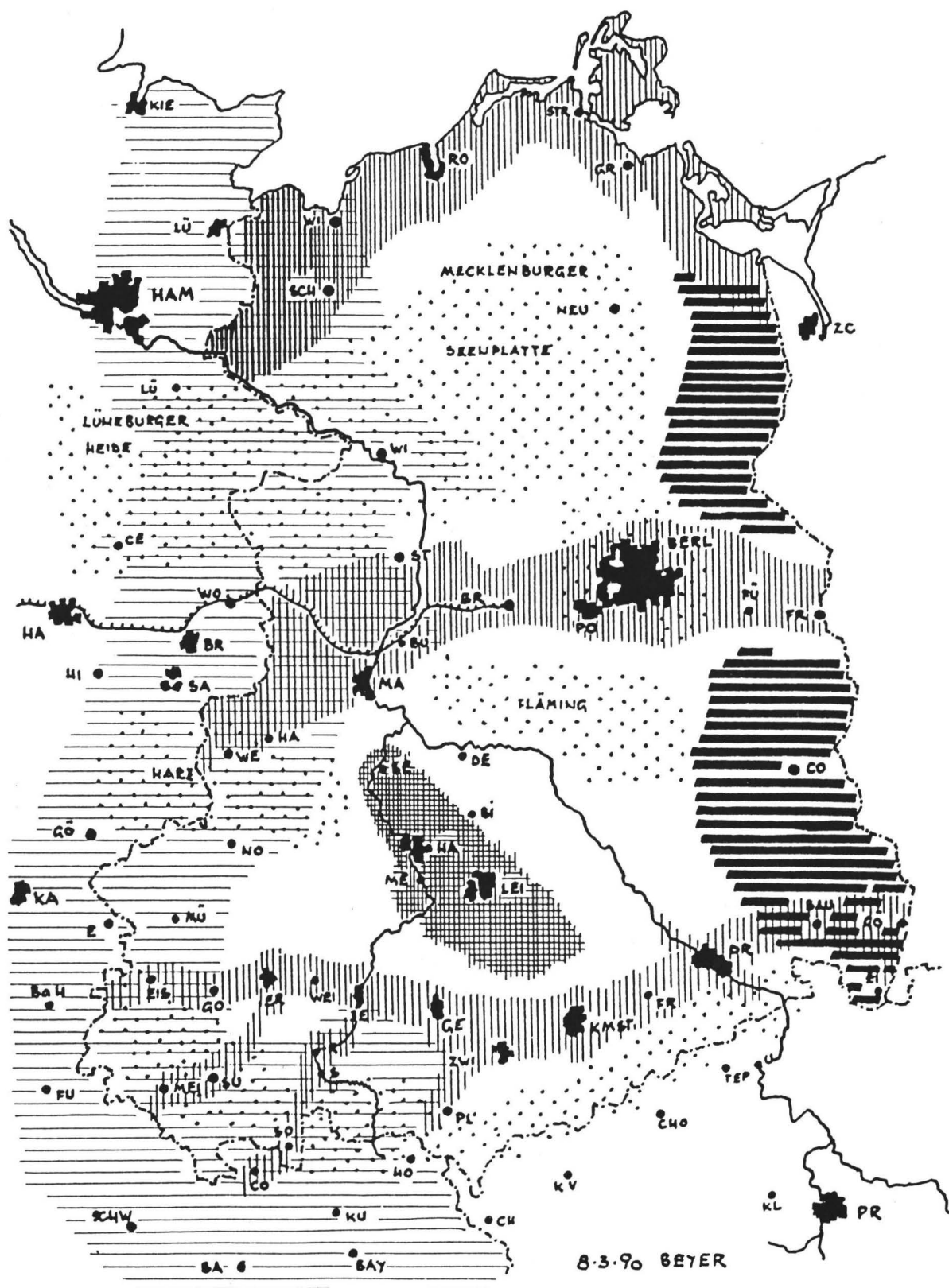
Für das Territorium der DDR zeichnen sich aus diesen Tendenzen konkrete Auswirkungen ab:

Die westlich der Grenze liegenden Wirtschaftszentren der Bundesrepublik werden die Profilierung des DDR-Territoriums, nicht nur im Grenzraum, wesentlich beeinflussen.

Hamburg, Kiel und Lübeck werden starke Impulse für das mecklenburgische Einzugsgebiet Schwerin, Rostock, Wismar einschließlich des Küstengebiets auslösen (punktuelle Entwicklung der Industrie in den Städten und relativ breite flächenhafte Verteilung des Fremdenverkehrs).

Der Verdichtungsraum zwischen Hannover, Braunschweig und Wolfsburg wird sich, gekoppelt mit dem weiteren Ausbau der überregionalen Verkehrsinfrastruktur, über Magdeburg — Brandenburg — Potsdam — Großraum Berlin bis Frankfurt/Oder erweitern und zunehmende Bedeutung erlangen.

Karte 1:
DDR-Gebiet: Entwicklungskonsequenzen
infolge der Grenzöffnung — Achs-Raum-Konzept



Der große, zusammenhängende ländliche Raum Lüneburger Heide — Mecklenburger Seenplatte sollte in seiner Spezifik dem Erholungswesen mit allen Schutzaufgaben erhalten bleiben. Gleiches gilt für das gesamte Harzgebiet, Fläming und Dübener Heide.

Für den Thüringer Raum werden die Einflußfelder von dem ihn umgebenden Städtetranz von Göttingen, Kassel, Fulda, Würzburg, Bamberg, Bayreuth, Coburg und Kulmbach bis hin nach Hof getragen. Die vorhandenen bzw. zukünftig weiter auszubauenden Verkehrslinien zwischen den großen Wachstumszentren bzw. Ballungsräumen München — Berlin, Rhein/Main — Leipzig/Dresden, Ruhrgebiet — Westsachsen werden dabei von großer Bedeutung sein. Diese besondere Verkehrslage Thüringens, die vorhandene Industriestruktur, die naturräumlichen Bedingungen und die Vielzahl kulturhistorischer und touristischer Anziehungspunkte bringen diesem Raum künftig durchaus günstige Entwicklungsbedingungen.

Die eigentliche Herausforderung, die Aufgaben und Probleme der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Entwicklung, werden aber künftig in den industriellen Ballungs- und Schwerpunktgebieten liegen. In diesen Räumen (Halle — Leipzig — Chemnitz — Dresden) ist in hohem Maße ein Wirtschaftspotential konzentriert bzw. entwickelt worden, das dringend erneuert und aktiviert werden muß. Gerade in diesen Gebieten ist es zwingend erforderlich, Maßnahmen einzuleiten, die die Destabilisierungs- und Auflösungsprozesse, verursacht durch Bevölkerungsabwanderung, Umweltprobleme, den Bauzustand der Städte und Produktionsanlagen sowie die politische Situation, aufhalten können.

Am problematischsten erscheinen bestimmte Gebiete in einem nun neu entstandenen Grenzraum (Randgebiete) entlang von Oder und Neiße. Besonders betroffen werden der östliche Teil des Bezirks Neubrandenburg, der nördliche Teil des Bezirks Frankfurt, große Teile des Braunkohlenbezirks Cottbus sowie das Länderdreieck um Bautzen, Görlitz und Zittau sein. Im Rahmen von regionalen Förderungsprogrammen für das derzeitige Territorium der DDR sollten möglichst frühzeitig konkrete Maßnahmen entwickelt werden bzw. in einem grenzüberschreitenden "Regionalplan Oder-Neiße" mit Polen und der CSFR die Entwicklungsprobleme und -ziele dieser Regionen aufgegriffen werden.

Entwicklungsprobleme im Grenzraum

Der Grenzraum entlang der deutsch-deutschen Grenze hingegen ist seit dem 9. November 1989 aus einer jeweiligen Randlage in den Mittelpunkt gerückt. Diese Gebiete, die bisher unter potentiellen Nachteilen, insbesondere ihrer Lageungunst, zu leiden hatten, werden durch die Öffnung einer Vielzahl von Grenzübergängen, durch den schrittweisen Ausbau grenzüberschreitender überregionaler Verkehrslinien (z.B. Hannover — Magdeburg — Berlin, Stuttgart — Berlin über Meiningen, München — Kronach — Saalfeld — Berlin u.v.a.) in eine völlig neue Lagesituation versetzt, die für eine relativ rasche wirtschaftliche Entwicklung in ausgesprochene Standortvorteile umschlagen. Die damit entstandenen neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bedürfen sicherlich nur eines kurzen Zeitraums, bis sie in das Bewußtsein der Regio-

nalplaner, Politiker und insbesondere der Unternehmer gelangen und zur Triebfeder und Motivation ihres Handelns werden.

So kann die gewonnene zentrale Lage in Deutschland und Europa mit der vorteilhaften Kombination von attraktiven Landschaften und einer Vielzahl von Stätten hoher kulturhistorischer Bedeutung des unmittelbaren und weiteren Grenzraums dabei nicht hoch genug bewertet werden.

Weitere Impulse für eine spontane standörtliche Aufwertung der Grenzräume entstehen u.a. daraus, daß bereits heute und zukünftig von den Menschen in den grenznahen Gebieten der DDR die Möglichkeiten genutzt werden, ohne Zeitverzug Handels- und Dienstleistungseinrichtungen, aber auch kulturelle Angebote auf der anderen Seite der Grenze in Anspruch zu nehmen.

Auf der DDR-Seite steigt u.a. auch die Nachfrage nach Urlaubsaufenthalten im grenznahen Raum geradezu explosionsartig an.

Arbeitspendelbeziehungen beginnen sich, trotz noch gegenwärtiger Ungesetzlichkeit, aufgrund des Lohngefälles vom Bundesgebiet zur DDR, unter gleichzeitig bleibender Inanspruchnahme von billigem Wohnraum und selbstverständlichen Sozialleistungen in der DDR, herauszubilden. Langfristig allerdings werden Pendelbeziehungen eine gesetzlich geregelte, regionale normale Erscheinung der Nutzung naheräumlicher Wirtschaftsstrukturen und Verflechtungsbeziehungen sein.

Nicht zuletzt ist zu erwarten, daß die historisch bestehenden Selbstverständlichkeiten, wie z.B. ehemals enge wirtschaftliche Beziehungen und familiäre Bindungen beiderseits der Grenze, gerade hier günstige Ansatzpunkte bieten, um z.B. auf der Basis von Joint-ventures oder Neugründung oder Neulokalisation klein- und mittelständische Betriebe aufzubauen.

Standortvorteil Grenzraum

Die dargestellten Entwicklungen lassen erkennen, daß sich in den bisherigen Grenzgebieten, bezogen auf die Verhältnisse in der DDR, eindeutige Vorzugsbedingungen herausbilden. Bei möglicherweise längerfristigem Bestehen des Wirtschafts-, Sozial- und Einkommensgefälles zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR muß deshalb neben der generellen Wanderungsbewegung der Bevölkerung von Ost nach West zusätzlich innerhalb der DDR mit räumlichen Veränderungen der Bevölkerungsverteilung und Wirtschaftsentwicklung zugunsten der grenznahen Räume gerechnet werden.

Aus der Notwendigkeit, vorrangig entlang der Grenze Maßnahmen zur Entwicklung der Infrastruktur, besonders aber des Umwelt- und Naturschutzes durchzuführen, ergibt sich in diesem Zusammenhang das Problem, daß jeder realisierte Schritt auf diesen Gebieten die Standortvorteile gegenüber anderen Regionen der DDR erhöht und damit vorhandene Disproportionen innerhalb der DDR verstärken kann. Aus dieser Sicht erscheint es durchaus zulässig, anzuregen, Vorschläge zur Entwicklung der Grenzräume in die Diskussion einzubringen, wie z.B.:

1. schrittweise Umlenkung der regionalen Wirtschaftsförderung im "Zonenrandgebiet" auf bundesdeutscher Seite, soweit sie nicht der generellen Problematik ländlicher, schwach entwickelter Räume unterliegt, auf die Umset-

zung gemeinsamer Maßnahmen und Ziele des Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutzes sowie zur Verbesserung der technischen Infrastruktur auf beiden Seiten der Grenze;

2. Erweiterung der Zonenrandförderung auf das Gebiet der DDR insgesamt für die Aufgaben des Umweltschutzes, der Infrastrukturentwicklung und Wirtschaftsförderung, insbesondere für die eingangs genannten Problemgebiete, damit sie sich nicht zu "Randgebieten" wirtschaftlicher Dynamik entwickeln.

Grenzraum als grüner Schutzraum

In den Gebieten beiderseits der Grenze haben sich durch ihre bisherige Randlage naturnahe Bedingungen erhalten und sogar entwickelt. Die Deutschen in Ost und West haben jetzt die einzigartige Möglichkeit, ein größeres Stück relativ unberührter Natur zu erhalten, unter Schutz zu stellen und nur gezielt und bedingt zu nutzen.

Die territorialen Bedingungen hierfür sind günstig, denn

- die Bevölkerungsdichte liegt in diesen Gebieten unter dem Durchschnitt beider deutscher Staaten,
- die Zersiedlung der Landschaft und die intensive Flächennutzung sind geringer als anderswo,
- es ist ein nicht so hoher Industrialisierungsgrad erreicht,
- die damit verbundene Umweltbelastung ist geringer,
- die Gebiete verfügen fast durchgängig über attraktive Landschaften.

Ein "grünes" Band vom Norden nach dem Süden, bestehend aus Naturschutzgebieten, Nationalparks, Landschaftsschutzgebieten, Naturparks, flankiert durch besondere Fördermaßnahmen für den forcierten Einsatz wirksamer und

fortgeschrittener Technologien und Verfahren des Umweltschutzes und der Umweltsanierung, könnte als Symbol und Signal für das Umdenken im Sinne "Ökologie ist Langzeitökonomie" wirken.

Wenn man sich einer solchen Aufgabe stellt, dann erfordert das, gemeinsam mit den Verantwortlichen und Experten für Natur-, Landschafts- und Umweltschutz die in Frage kommenden Räume und Areale genau abzugrenzen und sie durch schnelles Wirksamwerden gesetzlicher bzw. verwaltungsseitiger Maßnahmen einer expansiven Nutzung zu entziehen. Eine solche Zielstellung schliesse die Berücksichtigung anderer Interessen nicht aus und die Nutzung einer in diesem Sinne behutsam erschlossenen Erholungslandschaft durchaus ein. Im Konfliktfall zwischen verschiedenen Anforderungen wäre jedoch das Primat dem Natur- und Landschaftsschutz einzuräumen.

Die o.g. Darlegungen möchten so verstanden werden, daß in unserer heutigen Welt, in West und Ost, vor allem aber auch bei den Menschen in den Grenzgebieten ein Wandel, sogar ein Umbruch bisheriger Wertvorstellungen und Orientierungen, vonstatten geht. Hier sollte es zuerst möglich sein, bisherige als Nachteile empfundene und bewertete Bedingungen als Vorzüge zu erkennen und diese Gebiete dementsprechend ökologisch und wirtschaftlich zu entwickeln. Die ehemaligen Problemgebiete könnten dann bald diejenigen mit günstigen Voraussetzungen, in jedem Falle aber die mit einer zukunftsweisenden, nämlich ökologisch getragenen Grundstruktur werden.

Dr. Arnulf Wulff
Moskauer Straße 13
DDR - 5300 Weimar
Dr. Bernd-Bodo Beyer
An der Hart 59
DDR - 5300 Weimar